

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Mindestens 709 Personen verschwunden

Nach einem am 9. Dezember veröffentlichten Bericht der Nationalen Menschenrechtskommission (NHCR) sind in Nepal während der letzten drei Jahre zahlreiche Menschen „verschwunden“. Der Aufenthaltsort von mindestens 709 Personen, die entweder von staatlichen Sicherheitskräften oder von den Maoisten festgenommen bzw. verschleppt wurden, ist demnach bis heute unbekannt. Auch die Frage, ob die Opfer überhaupt noch leben, ist ungeklärt.

In dem Bericht werden die Namen der Verschwundenen aufgeführt. Beiden Konfliktseiten - Maoisten und Regierung - wird darin vorgeworfen, für die außergerichtlichen Festnahmen bzw. Entführungen verantwortlich zu sein. Ergänzend dazu hieß es in nepalischen Medienbe-

richten, daß die Anzahl der außergerichtlichen Festnahmen durch staatliche Sicherheitskräfte (Armee, *Armed Police Force* und Geheimpolizei) die Anzahl der Verschleppungen durch die maoistische Guerilla bei weitem übersteige. Zu ähnlichen Ergebnissen war bereits die nepalische Menschenrechtsorganisation INSEC in ihrem jüngsten Report zur Menschenrechtslage gelangt. Staatliche Sicherheitskräfte sollen demnach für die außergerichtliche Festnahme von 579 Menschen verantwortlich sein, die Maoisten für das Verschwinden von 111 Personen. Weitere 19 Entführungsfälle gehen auf das Konto unbekannter Täter.

Während im Jahr 2000 im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg lediglich drei Personen als verschwunden gemeldet

wurden, waren es 2001 bereits 95 und im Jahr 2002 290 Fälle. Allein in den letzten acht Monaten wurden nach Auskunft der NHCR 321 Personen ohne Angabe von Gründen festgenommen bzw. verschleppt. Bei vielen der Verschwundenen besteht Anlaß zur Sorge, daß sie entweder bereits getötet wurden oder unter extralegalen Bedingungen festgehalten und gefoltert werden. NHCR hat deshalb die Angehörigen der Verschwundenen, die politischen Parteien, andere Menschenrechtsorganisationen und die Zivilgesellschaft aufgefordert, sich an ihrer Kampagne gegen die zunehmende Gewalt und Mißachtung der Menschenrechte im Land zu beteiligen.

Weitere Waffenlieferungen der USA nach Nepal geplant

Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen weitere 20.000 moderne M-16 Sturmgewehre nach Nepal schicken, um die Königlich Nepalische Armee (RNA) aufzurüsten und in ihrem Kampf gegen die in der *Nepal Communist Party (Maoist)* organisierten maoistischen Rebellen zu unterstützen, die inzwischen einen Großteil der ländlichen Gebiete Nepals kontrollieren. Dies meldete die nepalische Tageszeitung *Nepal Samacharpatra* in ihrer Ausgabe vom 25. November 2003. Nach

Worten der stellvertretenden US-Staatssekretärin für Südasiens, Christina Rocca, ist die erneute Waffenlieferung Teil einer umfassenden Hilfsmaßnahme zur Modernisierung der unter Kontrolle des Königs stehenden nepalischen Streitkräfte. Rocca wird mit den Worten zitiert, die Rebellen würden mit terroristischen Mitteln den Sturz der Regierung anstreben und bestehende Differenzen zwischen dem König und den etablierten politischen Parteien für ihre Zwecke nutzen. Wa-

shington hingegen wolle Stabilität und Demokratie in Nepal. Weiter machte sie demnach deutlich, daß die USA ebenso wie andere befreundete Staaten auch weiterhin militärische Hilfe für Nepal leisten würden. Gleichzeitig führte Rocca aus, daß das maoistische Problem durch Verhandlungen gelöst werden solle.

Es ist bisher nicht bekannt, ob die Waffen von der nepalischen Regierung gekauft oder als Geschenk der US-Regierung geliefert werden.

... Im Überblick ...

Entwicklungshilfe- organisationen unterbrechen Projektarbeit

Verschiedene internationale Geberorganisationen haben vorübergehend ihre Unterstützung eines Hilfsprojekts in Dailekh ausgesetzt, nachdem dort ein 19-jähriger Projektmitarbeiter von Maoisten ermordet worden war. Dies wird in einer Pressemeldung vom 4. Dezember 2003 berichtet. Das Opfer arbeitete demnach im Umfeld eines Straßenbauprojekts als sogenannter „community organizer“. In diesem *Food for Work Programme* werden aus umliegenden Dörfern rekrutierte Arbeitskolonnen beim Bau einer Straße eingesetzt und erhalten für ihre Arbeit Nahrungsmittel, meist in Form von Reis. Die an dem fraglichen Projekt beteiligten Organisationen WFD, GTZ und DFID haben die Arbeit nach dem Vorfall in diesem Gebiet vorübergehend unterbrochen und „möchten zunächst die Ergebnisse einer Untersuchung des Vorfalls abwarten“, wie es in einer dazu veröffentlichten Presseerklärung hieß.

Die Entscheidung, alle weiteren Projektmaßnahmen vorläufig auszusetzen, geht auf die vor einiger Zeit von zehn Geberorganisationen erarbeiteten Handlungsrichtlinien bei der Durchführung von Projekten zurück. In diesen sogenannten „Basic Operations Guidelines“ heißt es unter anderem: „Wir werden nicht dulden, daß unsere eigenen Projektmitarbeiter oder Mitarbeitende unserer Partnerorganisationen Gewalt, Belästigung oder Nötigungen ausgesetzt oder auf irgend eine andere Weise bedroht werden.“

UML verurteilt die Tötung von Zivilisten

Die *Communist Party Nepal United Marxist-Leninist* (UML), eine im nepalischen Parteienspektrum angesehene und als linksliberal geltende Partei, hat die Tötung eines Lehrers und zweier Zivilisten durch Angehörige der königlich-nepalischen Armee (RNA) in Chisapani im Kothang Distrikt (Ostnepal) verurteilt und eine unabhängige Untersuchung gefordert. Die Opfer - Hari Bhattarai, ein Lehrer der *Chisapani Higher Secondary School*, sowie Dakmani Koirala und Durga Prasad Koirala - waren von Soldaten der RNA auf ein Feld in der Nähe der Schule geführt und dort getötet worden. Dakmani and Durga hatten sich in Bhattarai's Haus aufgehalten, als das Armeekommando sie festnahm.

Die UML betonte in einer Presseerklärung vom 8. Dezember 2003, daß die

drei Getöteten völlig unschuldig gewesen seien und zu keiner Zeit an irgendwelchen subversiven Aktivitäten beteiligt waren. Die Opfer seien kaltblütig und in aller Öffentlichkeit ungesetzlich hingerichtet worden. „Unser Parteikomitee in Khotang hat berichtet, daß keiner der Getöteten ein Maoist gewesen sei“, sagte Yuba Raj Karki, Mitglied des Zentralkomitees der UML, in einem Interview mit nepalischen Pressevertretern. Er teilte außerdem mit, daß einer der Getöteten Mitglied der UML gewesen sei, und verwies zudem auf Zeugenberichte vom Ort des Geschehens, wonach die Opfer von den Soldaten ohne jedes Verhör getötet wurden. Dies stelle, so Karki weiter, einen eklatanten Verstoß gegen die Menschenrechte dar.

Parteirevolte gegen Ministerpräsident Thapa

Innerhalb der königstreuen *National Democratic Party* (RPP) ist ein Richtungsstreit ausgebrochen, der Mitte November in der Aufforderung an den von König Gyanendra berufenen Ministerpräsidenten Surya Bahadur Thapa gipfelte, von seinem Amt zurückzutreten und den Weg für die Bildung einer Allparteienregierung freizumachen. Thapa wies die Forderung mit dem Hinweis zurück, das er vom König unter besonderen Umständen in dieses Amt berufen worden sei und daher keinen Anlaß sähe, vorzeitig von seinem Amt zurückzutreten, selbst wenn seine eigene Partei ihn dazu auffordern würde.

Die Rücktrittsforderung war von seinem schärfsten Widersacher in der eigenen Partei, RPP-Präsident Pashupati SJB Rana, öffentlich erhoben worden. Anfang Dezember wurde ein parteiinternes Disziplinarverfahren gegen Thapa eingeleitet und der Ministerpräsident ultimativ aufgefordert, vor einem Disziplinausschuß zu erscheinen. Die Opposition gegen den amtierenden Regierungschef wächst somit auch in den eigenen Reihen. Da sich unterdessen zahlreiche RPP-Mitglieder und führende Politiker anderer Parteien der Rücktrittsforderung angeschlossen, wird in den Medien bereits darüber spekuliert, wie lange sich die Thapa-Regierung noch halten kann.

... Im Überblick

Dalit-Frau bekommt Recht

Ein Distriktgericht in Kailali, Westnepal, hat ein bemerkenswertes Urteil gefällt und einer Dalit-Frau zu ihrem Recht verholten. Nanda Devi Sarki, Angehörige der als „unberührbar“ geltenden Schuhmacherkaste (*Sarki*), konnte in einem längeren Rechtsstreit einen wichtigen Sieg erringen. Das Gericht erkannte ihre Beziehung zu einem hochkastigen Mann als Ehe an und legalisierte die Vaterschaft desselben Mannes gegenüber ihrer Tochter.

Der Vater, Chakra Bahadur Rawal, Angehöriger einer höheren Kaste aus dem gleichen Dorf, hatte längere Zeit eine heimliche Beziehung mit Sarki und ihr die Ehe versprochen. Als sie dann schwanger wurde, verließ er sie. Sarki entschloß sich, das Kind auszutragen, doch Rawals Familie weigerte sich, sie als Ehefrau bzw. Schwiegertochter anzuerkennen. Mehrere Monate suchte Sarki, ihre Tochter im Arm, immer wieder das Haus ihres Mannes auf, um deren Anerkennung als seine legitime Ehefrau zu erhalten. Die Familie versuchte zunächst, sie mit Geld loszuwerden. Später kamen Drohungen und Schläge dazu. Schließlich war Sarki dem Rat einer Organisation gefolgt, die sich für die Rechte der Dalits einsetzt, und hatte beim Distriktgericht Antrag auf Feststellung ihrer Beziehung zu Rawal gestellt. Dieser will Sarki zwar nicht mehr bei sich aufnehmen, muß sich nun jedoch seinerseits bei Gericht um eine Scheidung bemühen. Die rechtliche Position von Mutter und Tochter wurden durch das Urteil des Gerichts entscheidend gestärkt. „Dieses Urteil zugunsten Nanda Devis kann zu einem Präzedenzfall für Tausende ähnlich gelagerter Fälle werden“, betonte Ganesh B. K., Vorsitzender des Regionalen Dalit-Netzwerks.

Homosexuelle mißhandelt

Zwei homosexuelle Männer sind Anfang Dezember in Kathmandu von Angehörigen der *Armed Police Force* brutal mißhandelt worden. Dies geht aus einer Pressemeldung der *Blue Diamond Society* hervor, einer Organisation, die sich für die Rechte und Interessen von Homosexuellen in Nepal einsetzt, und inzwischen eine Beschwerde im Hauptquartier der *Armed Police Force* eingereicht hat, in der eine Bestrafung der an dem Vorfall beteiligten Polizisten gefordert wird.

Die beiden betroffenen Männer wurden nach Angaben der *Blue Diamond Society* auf eine anonyme Anzeige hin abends in der Innenstadt aufgegriffen und anschließend in einem Polizeifahrzeug brutal zu-

sammengeslagen. Anschließend sollen sie an einem unbekanntem Ort weiter mißhandelt, sexuell belästigt und als Maoisten beschimpft worden sein. Erst weit nach Mitternacht seien die beiden gefesselt und mit verbundenen Augen umhergeführt und an einer anderen Stelle wieder ausgesetzt worden, so die Organisation. Ein Polizeisprecher wird von der Tageszeitung *Kathmandu Post* mit den Worten zitiert, „die *Armed Police* nimmt den Vorfall ernst und wird bald entsprechende Maßnahmen ergreifen.“ Der Vorsitzende der *Blue Diamond Society*, Sunil Babu Pant, äußerte sich dagegen besorgt über fortgesetzte Belästigungen von Homosexuellen durch die Sicherheitskräfte.

Generalstreik legt Unterricht lahm

Ein von der Studentenorganisation ANNISU (*Revolutionary*), einer Unterorganisation der *Communist Party Nepal* (*Maoist*) vom 7. bis 9. Dezember 2003 ausgerufenen dreitägiger Generalstreik („*bandh*“) hat in Ostnepal den Unterrichtsbetrieb an Schulen und Hochschulen zum Stillstand gebracht. In Udaypur blieben einer Radiomeldung zufolge fast alle Bildungseinrichtungen geschlossen, ebenso in Siraha, Saptati, Sarlahi und anderen Terai-Distrikten. Infolge des Streiks mußten viele Schulen die bereits laufenden

Zwischenprüfungen zum Ende des ersten Schulhalbjahres absagen. Die maoistischen Studenten hatten ihren Streik in 23 Distrikten Ostnepals ausgerufen und mit einem 27 Punkte umfassenden Forderungskatalog verbunden. Sie forderten unter anderem die Freilassung einiger führender Mitglieder ihrer Organisation, die nach dem Scheitern der Friedensgespräche und dem Ende des Waffenstillstands in den letzten drei Monaten von den Sicherheitskräften verhaftet wurden und seither als „verschwunden“ gelten.